



**Bundespolitisches Fenster
der CDU Schleswig-Holstein
für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag**

Beschluss des Landesvorstandes der CDU Schleswig-Holstein



Bundespolitisches Fenster der CDU Schleswig-Holstein **für die Wahl zum 21. Deutschen Bundestag**

Blockaden beim Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur lösen!	1
Schleswig-Holsteins Sicherheit stärken!	2
Irreguläre Migration unterbinden – Schleswig-Holsteins Kommunen entlasten!	3
Eine echte Wirtschaftspolitik für unsere Unternehmen und Industrie	4
Stärkung der maritimen Wirtschaft und unserer Häfen	5
Eine gerechte Arbeitsmarktpolitik für die, die anpacken und schaffen wollen!	6
Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, den weiblichen Mittelstand stärken!	6
Stark für unsere heimische Landwirtschaft - Klima- und Umweltschutz mit weniger Bürokratie für unsere Landwirte!	7
Für eine zukunftsfeste Fischerei	9
Ein Meeres- und Küstenschutz für unsere Zukunft	9
Unsere Energiewende pragmatisch und bezahlbar gestalten	10
Bildung und Wissenschaft zukunftsfest gestalten	12
Zeitenwende in der Forschungspolitik	13
Eine flächendeckende qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen!	13

Die CDU ist bereit, wieder führend die Regierungsverantwortung für eine positive Entwicklung unseres Landes zu übernehmen. Nach dem krachenden Scheitern der Regierung von Olaf Scholz wollen wir eine andere, eine bessere Politik für unser Land gestalten. Das ist notwendiger denn je. Deutschland befindet sich in einer Vertrauenskrise. Die Ampel hat das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger und der Unternehmen beschädigt. Wir wissen: Deutschland steht vor großen, zahlreichen Herausforderungen, die Antworten und kluge Konzepte verlangen. Vom russischen Angriffskrieg auf die Ukraine mit all seinen Folgen, über die anhaltend hohen Migrationszahlen, der wirtschaftlichen Rezession, dem Klimawandel bis hin zu einem reformbedürftigen Arbeitsmarkt braucht es eine kluge Politik, die Lösungen und Antworten bietet. Das zeigt: Die CDU wird gebraucht. Wir wollen Verantwortung übernehmen. Wir, die CDU Schleswig-Holstein, wollen die Bürgerinnen und Bürgern mitnehmen, um unser Land aus den schweren Gewässern zu steuern. Dazu wollen wir bei der Bundestagswahl am 23. Februar 2025 alle 11 Wahlkreise in Schleswig-Holstein gewinnen!

Blockaden beim Ausbau unserer Verkehrsinfrastruktur lösen!

- Schleswig-Holsteins Verkehrsinfrastruktur muss dem Bedarf eines Bindegliedes zwischen Zentraleuropa und Skandinavien gerecht werden.
- Der weitere Ausbau der westlichen Ostseeregion zu einem wettbewerbsfähigen und nachhaltigen Wachstumskorridor – insbesondere vor dem Hintergrund der internationalen STRING-Kooperation – birgt große Chancen für die Bürgerinnen und Bürger sowie Unternehmen in Schleswig-Holstein.
- Hierfür bedarf es nicht nur guter wirtschaftlicher Rahmenbedingungen, sondern auch einer unideologischen Verkehrspolitik, die Erhalt und Ausbau unserer Infrastruktur priorisiert. Wir brauchen eine Neuausrichtung bzw. Überarbeitung des Bundesverkehrswegeplans mit Vorrangplanung auch für Straßenprojekte und anhand von Kriterien, die neben der Wirtschaftlichkeit auch die öffentliche Sicherheit ins Auge nehmen (OPlan D).
- Die Ampel-Koalition hat es in den vergangenen drei Jahren nicht geschafft, den dringend notwendigen Ausbau der Verkehrsinfrastruktur voranzubringen. Vielmehr noch: Wichtige Projekte, wie der Weiterbau der A20, der Ausbau der A23 und auch der zweigleisige Ausbau der Marschbahn wurden von der Ampel blockiert. Wir stehen zur Umsetzung des Ausbaus der Marschbahn in allen erforderlichen Leistungsphasen.
- Die Ampel ist bei der Querungsproblematik am Nord-Ostsee-Kanal untätig geblieben. 14 Fähren queren den knapp 100 Kilometer langen Kanal, die von rund 5 Millionen Pendlerinnen und Pendlern, Schülerinnen und Schülern, Landwirtinnen und Landwirten und Touristinnen und Touristen genutzt werden. Anwohnerinnen und Anwohner, anliegende Gemeinden sowie Unternehmen klagen über Ausfälle und Einschränkungen im Fährverkehr und den daraus resultierenden Belastungen für die Region. Trotz wiederholter Aufforderungen an Bundesverkehrsminister Volker Wissing, endlich tätig zu werden, hat die Ampel nichts unternommen. Wir brauchen sofort ein Bekenntnis zur wichtigsten Bundeswasserstraße der Republik mit der dazugehörigen Infrastruktur!
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass die für Schleswig-Holstein so wichtigen Projekte umgesetzt werden können. Der Weiterbau der A20 muss in der kommenden Wahlperiode endlich gelingen. Außerdem begrüßen wir den Ausbau der B404 zur A21 – auch auf Kieler Stadtgebiet. Wir begrüßen auch den bisherigen Ausbau der B5 und setzen uns für den weiteren Ausbau der Teilabschnitte ein. Die Lebensader der Westküste muss gestärkt werden. Wir werden uns für die Weiterentwicklung und Verbesserung der Planungsbeschleunigung wo immer möglich einsetzen und im engen Austausch mit den Partnern in der Wirtschaft sowie den Bürgerinnen und Bürgern neue Konzepte entwickeln.
- Straße und Schiene müssen zusammengedacht und Schlüsselprojekte konsequent umgesetzt werden. Das gilt sowohl für den Ausbau der A20 – und dessen zentrale Bedeutung für die Entlastung der Verkehrsinfrastruktur in der Metropolregion Hamburg – als auch für die Hinterlandanbindung der Festen Fehmarnbeltquerung (FFBQ), die ab 2029 eine deutliche Zunahme des

Straßen- und Schienenverkehrs wird stemmen müssen. Der Bund wird sich unter unserer Führung zur FFBQ und zur rechtzeitigen Fertigstellung der Hinterlandanbindung bekennen. Außerdem werden wir uns weiterhin dafür einsetzen, dass der Bund auch nach Fertigstellung des neuen Fehmarnsundtunnels die mit der denkmalgeschützten Fehmarnsundbrücke verbundene finanzielle Verantwortung auch in Zukunft wahrnimmt, um dem Kreis Ostholstein keine unzumutbaren finanziellen Belastungen aufzubürden. In diesem Sinne soll die Fehmarnsundbrücke zukünftig in eine Sonderbaulast des Bundes überführt werden.

- Am Nord-Ostsee-Kanal wollen wir uns für die Anschaffung weiterer dringend benötigter 100T-Fähren einsetzen. Wir wollen die gesamte Fährinfrastruktur erneuern sowie die Übernahme des Fährbetriebs durch den Bund prüfen, um die gesetzlich verankerte Beförderungsgarantie zu gewährleisten und den heutigen Bedarfen gerecht zu werden. Wir bekennen uns zu unseren Seehäfen, insbesondere wenn diese auch Nothafenfunktion haben, sowie unseren Bundeswasserstraßen. Diese müssen gesichert und angemessen finanziert sein.
- Das DeutschlandTicket ist für uns ein wertvoller Bestandteil, den Schleswig-Holsteinerinnen und Schleswig-Holsteinern eine barrierearme, kostengünstige und klimaneutrale Fortbewegung zu ermöglichen. Wir wollen das DeutschlandTicket beibehalten, müssen das Ticket aber mit Hilfe von Kriterien, die neben dem Preis auch das Angebot und die Infrastruktur im Blick haben, weiterentwickeln.

Schleswig-Holsteins Sicherheit stärken!

- Die durch den russischen Angriffskrieg auf die Ukraine geschaffene neue geopolitische Lage hat immense Auswirkungen auf Schleswig-Holstein. Insbesondere der Ostseeraum ist in einen primären strategischen Fokus gerückt.
- Deshalb ist es unerlässlich, dass die Zuständigkeiten von Bundespolizei und Bundeswehr klar verteilt und legislativ gebündelt werden. Hierfür sollte der Antrag der CDU/CSU-Bundestagsfraktion mit dem Titel „**Die Zeitenwende auch auf See umsetzen** – Befugnisse der Bundespolizei erweitern und der Bedrohungslage anpassen“ dringend umgesetzt werden.
- Ein sukzessiver Ausbau der in Schleswig-Holstein ansässigen Sicherheitsorganisationen ist dabei unerlässlich. Es gilt insbesondere, die Fliegerstaffel der Bundespolizei in Fuhlendorf endlich mit langfristiger Planungsmöglichkeit auszustatten und dies haushalterisch zu vermerken. Im Zuge dessen ist der geplante neue Standort der GSG 9 als Antiterrorereinheit des Bundes in Neustadt in Holstein ausdrücklich zu begrüßen.
- Als Ostseeanrainer ist Deutschland und aufgrund seiner einzigartigen strategischen Lage mit seiner strategisch bedeutenden Infrastruktur auch unser Schleswig-Holstein gefordert, in die eigene Sicherheit zu investieren.

- Darum müssen die Bundeswehrstandorte in Deutschland weiter gestärkt und modernisiert werden. Gleiches gilt für die Marinestützpunkte, insbesondere in Kiel und Eckernförde.
- Wir werden uns dafür einsetzen, dass der dauerhafte Betrieb vom Fliegerhorst Hohn garantiert sowie der Flugplatz ausgebaut wird.
- Der NATO-Flugplatz Hohn wird aufgrund der sich veränderten sicherheitspolitischen Lage einer der wichtigsten Standorte werden. Wir wollen, dass der Standort der dazugehörigen Kaserne in Alt Duvenstedt deshalb ausgebaut wird als Standort für das Heimatschutzregiment, die Luftwaffe sowie die Marine, um die für den personellen sowie materiellen Ausbau der Bundeswehr notwendige Infrastruktur bereitzustellen.
- Eine wachsende Bundeswehr braucht ausreichende Infrastruktur. Deswegen treten wir dafür ein, ehemalige Liegenschaften der Bundeswehr wieder zu nutzen – vor allem perspektivisch den Standort Boostedt.
- Schleswig-Holstein beheimatet wichtige wehrtechnische Industrieunternehmen. Diese sind ein zentraler Bestandteil für Deutschlands wehrtechnische Industrie. Diese Schlüsselindustrie muss gestärkt werden.

Irreguläre Migration unterbinden – Schleswig-Holsteins Kommunen entlasten!

- Wir stehen für Klarheit in der Migrationsdebatte. Wir können und wollen auf legale Zuwanderung von Fachkräften, die bei uns arbeiten, sich integrieren und mit anpacken, nicht verzichten. Wir wissen um unsere humanitäre Verpflichtung, Menschen in Not zu helfen. Klar ist aber auch: Wir müssen die illegale Migration bekämpfen mit einem effektiven Schutz unserer Außengrenzen, der Reduzierung von Pull-Effekten in unseren sozialen Sicherungssystemen, europaweit einheitlichen Asylverfahren und einer konsequenten Abschiebep Praxis.
- Das bedeutet: Wir wollen die Befugnisse der Bundespolizei stärken. Personen ohne Duldung, ohne Pass oder vollständige Reisedokumente soll sie an Bahnhöfen festnehmen und so die Abschiebung sicherstellen. Der Familiennachzug für Personen mit subsidiärem Schutz muss gestoppt werden. Wir fordern auch verstärkte Zurückweisungen an den deutschen Binnengrenzen. Zurückgewiesen werden soll, wer bereits in einem anderen EU- oder Schengen-Staat Zuflucht gefunden hat.
- Gleichzeitig müssen wir hierfür auf europäischer Ebene mit unseren Partnern enger zusammenarbeiten: durch einen besseren Schutz unserer europäischen Außengrenzen sowie den Abschluss von Abkommen mit Drittstaaten, um dort bereits Asylverfahren durchzuführen.
- Die Kommunen arbeiten in der Migrationslage am Limit. Es fehlt an Wohnraum. Die Ampel hat bei zahlreichen Bund-Länder-Gipfeln zur Migration wiederholt Maßnahmen versprochen, aber mit der Verabschiedung des nach monatelangem Ampelstreit völlig entkernten, sogenannten „Sicherheitspakets“ kaum etwas zustande gebracht. Vielmehr hat die Ampel wichtige finanzielle

Mittel für die Migrationsberatungsstellen in Schleswig-Holstein gestrichen.

- Um der Wohnungsnot effektiv entgegenzutreten, müssen wir unseren Kommunen mehr Planungsfreiheit geben. Denn sie kennen die Bedarfe vor Ort am besten. Deshalb brauchen wir eine Änderung der § 34 und § 35 BauGB, um den Kommunen bei der Planung von Wohneinheiten im Innen- und Außenbereich mehr Flexibilität einzuräumen.

Eine echte Wirtschaftspolitik für unsere Unternehmen und Industrie

- Deutschland steht im zweiten Jahr in der Rezession. Deutschland hat unter der Ampel wieder die Rolle des kranken Mannes in Europa eingenommen. Es gibt 25 Prozent mehr Insolvenzen, rund 300.000 Industriearbeitsplätze sind zuletzt verlorengegangen. Nicht etwa konkrete Maßnahmen, sondern allenfalls die öffentlich initiierten Industrie- und Wirtschaftsgipfel der Ampel bleiben in Erinnerung. In Folge dieser miserablen Leistungsbilanz ruft sich der verantwortliche Bundeswirtschaftsminister Habeck zum Kanzlerkandidaten aus. Das bleibt nicht unbemerkt: Nur neun Prozent der Bürgerinnen und Bürger ziehen eine positive Bilanz der Wirtschaftspolitik der zerbrochenen Ampel-Regierung.
- Deutschland braucht eine Agenda 2030 mit steuerlichen und bürokratischen Entlastungen. Wir fordern, die Unternehmenssteuern auf einbehaltene Gewinne auf das international wettbewerbsfähige Niveau von höchstens 25 Prozent schrittweise zu senken.
- Es braucht weniger Bürokratie und weniger Auflagen für unsere Unternehmen. Wir wollen unseren Unternehmen wieder mehr Vertrauen entgegenbringen. Gesetze und Regulierungen soll es nur dort geben, wo sie aus Gründen des Wettbewerbs-, Arbeits- und Verbraucherschutzes absolut notwendig sind. Wir fordern daher eine konsequente Umsetzung des Prinzips „one in, two out“: Für jedes neue Gesetz müssen zwei bestehende gestrichen werden. Gleichzeitig sollen Gesetze innerhalb eines vorher festgesetzten Zeitraumes einer Effektivitätsprüfung unterzogen werden. Das 2023 in Kraft getretene Lieferkettensorgfaltspflichtengesetzes muss aufgehoben werden. Zur Entbürokratisierung wollen wir auch bei weiteren Anforderungen an Betriebe die Bemessungsgrenzen für Berichtspflichten und Beauftragtenwesen deutlich erhöhen.
- Viele Unternehmen rufen dazu auf, mehr Flexibilität für Arbeitnehmer und Arbeitgeber zu schaffen, indem eine wöchentliche anstatt einer täglichen Höchstarbeitszeit eingeführt wird, sowie mehr Flexibilität bei der Arbeitszeiterfassung zu ermöglichen. Wir wollen dem Arbeitsmarkt diese Flexibilität geben: Deutschland braucht keine Wirtschaftspolitik der absoluten Regulierung, sondern eine Wirtschaftspolitik, die wieder den Geist der sozialen Marktwirtschaft widerspiegelt und Wachstum ermöglicht: die Selbstregulierung des Marktes.

- Nicht zuletzt durch den Wahlsieg von Donald Trump werden wir uns auf dem internationalen Markt auf größere Herausforderungen einstellen müssen: Unsere Unternehmen brauchen daher Entlastung und eine Politik, die notwendige Infrastruktur bereitstellt, um auf dem internationalen Markt konkurrenzfähig zu sein. Wir brauchen eine Standortpolitik, die Deutschland als Standort wieder attraktiv für Unternehmen und Investitionen macht. Für einen attraktiven Wirtschaftsstandort soll EU-Recht nur im Sinne einer Mindestharmonisierung umgesetzt werden. „Vorausseilender Gehorsam“ ist hier fehl am Platz.
- Die Digitalisierung ist ein Schlüsselfaktor für den Standort Deutschland. Sie fördert Innovationskraft, Wettbewerbsfähigkeit und gesellschaftliche Teilhabe. Mit neuen Technologien können nicht nur Arbeitsprozesse optimiert, sondern auch neue Märkte erschlossen und zukunftsfähige Arbeitsplätze geschaffen werden. Wir müssen deutlich mehr in Digitalisierung und Forschung investieren, um die Zukunft unseres Landes zu sichern. Wir werden unsere digitale Souveränität in Wirtschaft, Wissenschaft und Verwaltung weiter stärken. Gleichzeitig brauchen wir keine bundesweite Vereinheitlichung auf Kosten bestehender Strukturen und Standards. Stattdessen müssen wir Schnittstellen schaffen.
- Wir wollen alle Menschen zu einem selbstbestimmten Umgang mit digitalen Technologien befähigen. Wir müssen Digitalisierung als Chance sehen. Regelungen zum Datenschutz sollen nicht über das von der EU gesetzte Maß hinaus getroffen werden.
- Die Einführung der Schuldenbremse ist für die Konsolidierung der öffentlichen Haushalte von herausragend wichtiger Bedeutung, um der sich immer schneller drehenden Schuldenspirale zu entinnen und drohende Haushaltsnotlagen zu vermeiden. Die Schuldenbremse trägt dazu bei, die Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu erhalten. Allerdings zeigt die Konstruktion der Schuldenbremse in Krisen und außergewöhnlichen Notsituationen Webfehler. Im Anschluss an eine Notsituation erschwert die gegenwärtige Konstruktion der Schuldenbremse den Weg in eine Normallage des Haushalts, denn ein Anpassungspfad hin zu einem strukturell ausgeglichenen Haushalt ist nicht vorgesehen. Wir sprechen uns dafür aus, eine Reform der Schuldenbremse anzustoßen, die die Empfehlungen des Sachverständigenrats, insbesondere nach einer Notlage mit einer Übergangsphase zu arbeiten, zum Ziel hat.

Stärkung der maritimen Wirtschaft und unserer Häfen

- In Schleswig-Holstein ist Wasser ein zentrales Element – auch unserer Wirtschaft. Daher setzen wir uns für die Stärkung der Investitionsmittel für Seehäfen und Häfen der Daseinsvorsorge auf Grundlage der nationalen Hafenstrategie und Ausbau der Hafeninfrastruktur ein.
- Außerdem bekennen wir uns zu Investitionen in Forschung und Entwicklung von CO₂-neutralen Kraftstoffen für die Schifffahrt.

- Wir werden die Innovationsförderung für Werften ausweiten, um die Zukunftsfähigkeit der Werften sicherzustellen.
- Schlüsseltechnologien insbesondere für Überwasserschiffbau weiterzuentwickeln, ist für uns eine zentrale Aufgabe.

Eine gerechte Arbeitsmarktpolitik für die, die anpacken und schaffen wollen!

- Für uns als CDU ist klar: Arbeit soll sich lohnen. Wer arbeitet, muss mehr haben als der, der nicht arbeitet. Gerade in wirtschaftlich schwierigen Zeiten, muss alles darangesetzt werden, Menschen, die arbeiten können, in Arbeit zu bringen. Dazu wollen wir bürokratische Hürden abbauen, die Eigenverantwortung stärken und ein modernes, leistungsfähiges Sozialsystem legen.
- Dazu müssen unsere Jobcenter ausreichend finanziert werden. In ihren Entwürfen für den Bundeshaushalt 2025 hatte die Ampel noch Kürzungen vornehmen wollen. Das lehnen wir ab.
- Leistung muss sich lohnen: Überstunden für Vollzeitbeschäftigte sollen steuerlich begünstigt werden.
- Wir werden das Bürgergeld reformieren und an seiner Stelle eine neue Grundsicherung einführen. Menschen, die nicht bereit sind zu arbeiten, müssen Einschnitte bei den staatlichen Unterstützungsleistungen hinnehmen. Wir wollen das Bürgergeld deshalb durch ein Sozialleistungssystem ersetzen, das geeignet ist, gleichzeitig die soziale Not zu lindern und den Wiedereintritt in den Arbeitsmarkt als Hauptziel aktiv fördert.
- Wir wollen mehr Netto vom Brutto für die Bürgerinnen und Bürger. Wir setzen uns daher für eine Deckelung der Sozialversicherungsbeiträge auf 40 Prozent ein. Wir setzen uns dafür ein, dass es steuerliche Vorteile für Überstunden und flexible Regelungen, die ältere Menschen ermutigen, länger im Arbeitsmarkt zu bleiben, geben wird. Gerade in Zeiten des Fachkräftemangels braucht es die Erfahrung der Älteren in unseren Betrieben und Unternehmen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf verbessern, den weiblichen Mittelstand stärken!

- Die Entscheidung, ein Unternehmen zu gründen, ist für viele Frauen gerade in der Altersspanne einer Familiengründung mit großen Risiken verbunden.
- Viele Arbeitsschutzvorschriften, insbesondere die des Mutterschutzgesetzes, gelten nicht für Selbständige. Das kann gerade in kleinen Betrieben Ausfälle und schlimmstenfalls den Betriebsstillstand zur Folge haben.
- Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist nicht nur eine Frage der Fairness, sondern auch der wirtschaftlichen Vernunft. Von den rund 3,8 Millionen kleinen und mittleren Unternehmen in Deutschland werden nur 16 Prozent von Frauen geführt. Ohne das Engagement von Unternehmerinnen geht dem Wirtschaftsstandort Deutschland viel Potenzial verloren.

- Wir setzen auf verbesserte Rahmenbedingungen für Gründerinnen und Selbständige, um Mutterschaft und Unternehmertum besser unter einen Hut zu bekommen. Dazu gehören der Abbau existenzgefährdender Benachteiligungen gegenüber Angestellten, Verbesserungen bei Mutterschutz und Elterngeld sowie bessere Kinderbetreuungs- und Beratungsmöglichkeiten.
- Wir unterstützen einen starken weiblichen Mittelstand, damit Deutschland sein volles wirtschaftliches Potenzial ausschöpfen und im internationalen Wettbewerb weiter mithalten kann.

Stark für unsere heimische Landwirtschaft - Klima- und Umweltschutz mit weniger Bürokratie für unsere Landwirte!

- Die großen Bauernproteste zum Jahreswechsel 2023/2024 in Berlin haben deutlich gezeigt, dass die Landwirte kein Verständnis für eine ideologische Umerziehungspolitik haben. Wir als CDU stehen fest an der Seite unserer bäuerlichen Familien in Schleswig-Holstein.
- Versprechungen und Ankündigungen, die weniger Bürokratie und Belastungen für unsere Landwirte in Aussicht stellten, wurden nicht oder nur halbherzig in politisches Handeln umgesetzt. Das beschlossene Agrarpaket der Ampel war allenfalls ein Pflaster auf einer viel zu großen Wunde.
- In den letzten Jahren sind immer mehr Aufgaben auf die Landwirtschaft zugekommen. War früher die Ernährungssicherheit die primäre Aufgabe, sind mittlerweile die Energieerzeugung, der Klima- und Naturschutz und der Schutz des ländlichen Raumes weitere wichtige Aufgaben. Dies erhöht, neben Infrastrukturmaßnahmen, den Druck auf den landwirtschaftlichen Flächenmarkt. Uns ist wichtig, dass diese Themen zusammengedacht werden und gemeinsame Lösungen wirtschaftliche Perspektiven für die Betriebe bieten (z. B. Moor-PV).
- Wir werden die Agrardiesel-Steuerentlastung in der Land- und Forstwirtschaft sowie weiteren land- und forstwirtschaftsnahen Wirtschaftsbereichen wieder einführen und die weitere steuerliche und abgabenbezogene Belastung auf maximal den EU-Durchschnitt begrenzen.
- Wir wollen klare, praxistaugliche Rahmenbedingungen schaffen, um unseren Landwirten, gerade in diesen wirtschaftlich schwierigen Zeiten, Planungssicherheit zu bieten und Investitionen zu ermöglichen.
- Wir bekennen uns zum Erhalt der Kohäsionspolitik auf EU-Ebene und regionalisierten Ausgestaltung der europäischen Förderprogramme (EFRE, ESF).
- Wir wollen Investitionen in die Landwirtschaft, Forstwirtschaft und Fischerei – unabhängig davon, ob sie konventionell oder ökologisch ausgerichtet sind – gezielt und in enger Abstimmung mit dem Berufsstand, der Wissenschaft und der Wirtschaft priorisieren. Als ersten Schritt streben wir an, die tragfähigen und gesellschaftlich anerkannten Empfehlungen des Kompetenznetzwerks

Nutztierhaltung („Borchert-Kommission“) für die Zukunft der landwirtschaftlichen Tierhaltung in Deutschland umzusetzen.

- Wir unterstützen die Forschung und Entwicklung in der Landwirtschaft, wie bei klimafreundlichen Technologien, um die Branche zukunftsfähig zu machen. Wir legen dabei den Fokus auf Technologieoffenheit: Die Politik darf nicht die Betriebe und ihre Produktion aus ideologischen Gründen auf bestimmte Technologien beschränken, sondern muss gezielt, aber vor allem uneingeschränkt Projekte zur Weiterentwicklung neuer Produktionsmethoden fördern und zulassen. Beispielhaft seien das autonome Fahren von Traktoren oder die neuen Züchtungsmethoden genannt.
- Die Maßnahmen, die wir im Bereich der Wirtschaft zur Entbürokratisierung umsetzen wollen, müssen selbstverständlich auch für die Landwirtschaft sowie den vor- und nachgelagerten Raum gelten. Der bürokratische Aufwand, insbesondere die Vielzahl an Dokumentationspflichten, nimmt bereits jetzt rund einen Arbeitstag pro Woche in Anspruch. Wir vertrauen unseren Betriebsleiterinnen und Betriebsleitern, dass sie auch ohne überfordernde Bürokratie landwirtschaftliche Erzeugnisse nach den aktuellen Standards produzieren werden. Dies werden wir auch dadurch zeigen, dass wir die betrieblichen Kontrollen zur Entlastung der Betriebe und der Verwaltung auf ein von der EU gefordertes Mindestmaß senken. Dabei muss gewährleistet sein, dass die notwendigen Dokumentationen auch digital erfolgen und an die Behörden übermittelt werden können. Auch Doppelungen sollen durch die Digitalisierung vermieden werden, wobei die Datenhoheit immer beim Betrieb verbleiben muss.
- Wir stehen an der Seite unserer Landwirtinnen und Landwirte und werden Entscheidungen immer nur im Dialog treffen. Um die Glaubwürdigkeit solcher Prozesse nicht zu verlieren, müssen Entscheidungen und Kompromisse, die in langwierigen Prozessen, wie z. B. der Zukunftskommission Landwirtschaft, gefunden wurden, umgesetzt werden. EU-Regulierungen werden im Sinne der Mindestharmonisierung umgesetzt, um die Wettbewerbsfähigkeit unserer Betriebe in Deutschland wieder zu stärken.
- Endlich hat der ständige Ausschuss der Berner Konvention entschieden, den Schutzstatus des Wolfs herabzustufen. Wir werden dies in nationales Recht übertragen und ein regional differenziertes, wirksames Bestandsmanagement ermöglichen und die Entnahme von Problemwölfen zum Schutz der Weidetiere erleichtern. Ebenfalls setzen wir uns für ein bestandsorientiertes Gänsemanagement ein.
- Wir bekennen uns zum Baumschulstandort Schleswig-Holstein mit seinen knapp 400 Betrieben. In unserem Land ist eines der größten zusammenhängenden Baumschulgebiete der Welt beheimatet, das soll auch so bleiben. Schließlich leisten die Baumschulen einen wesentlichen Beitrag zum Umwelt- und Klimaschutz sowie zur regionalen Wertschöpfung. Die Baumschulbetriebe stehen vor großen Herausforderungen auf dem Weg zu mehr Klima- und Naturschutz. Beispielhaft dafür sind die Verringerung des Plastik-, Torf- und Pflanzenschutzmitteleinsatzes. Die Wirtschaftlichkeit der

Maßnahmen darf dabei nicht vernachlässigt werden. Wir werden die Betriebe bei diesen Zukunftsaufgaben und der Umstellung auf umweltschonendere Maßnahmen unterstützen.

Für eine zukunftsfeste Fischerei

- Unsere Fischerei braucht Planungssicherheit und Bestandsschutz. Wir setzen uns dafür ein, die Strukturen der heimischen Fischerei nachhaltig zu sichern und den Berufsstand zukunftsfähig zu gestalten. Dabei verfolgen wir nationale, europäische und internationale Ansätze mit Nachdruck.
- Wir fördern gezielt nachhaltige Fischereipraktiken und den Einsatz innovativer Technologien, um die Branche widerstandsfähiger und zukunftsfähiger zu machen.
- Ein umfassendes Förderprogramm zur Modernisierung der überalterten Fangflotte wird klimafreundliche Antriebstechniken einführen. Ergänzend soll ein Abwrackprogramm als freiwillige Ausstiegsoption für betroffene Fischer dienen.
- Die im Windenergie-auf-See-Gesetz verankerte Fischereikomponente wollen wir vollständig zweckgebunden für die Förderung der Fischerei einsetzen.
- Wir wollen die steuerliche Gleichbehandlung von Verkaufserlösen in der Küstenfischerei und der kleinen Ausflugschifffahrt bei Reinvestitionen endlich umsetzen, analog zu den bestehenden Regelungen für die Binnenschifffahrt.
- Die Fischerei wird auch künftig einen festen Platz in der marinen Raumplanung sowie beim Schutz der Nord- und Ostsee, insbesondere des Wattenmeeres als UNESCO-Weltnaturerbe, einnehmen.
- Unsere Priorität ist der langfristige Erhalt von Fanggebieten und Fangmöglichkeiten, um die Existenzgrundlage der Fischerei zu sichern.
- Wir setzen uns für die Öffnung von Windparks sowie die Offenhaltung von FFH-Gebieten, einschließlich des Wattenmeeres, für die fischereiliche Nutzung ein.

Ein Meeres- und Küstenschutz für unsere Zukunft

- Durch einen wirksamen und gezielten Schutz von Nordsee und Ostsee tragen wir maßgeblich zum Klimaschutz und zur Erhaltung der marinen Biodiversität bei.
- Für den Schutz und Erhalt des UNESCO-Weltnaturerbes Wattenmeer tragen wir eine besondere Verantwortung, der wir wie bisher gerecht werden, ohne dass dessen Nutzung weiter eingeschränkt wird.
- Als Land zwischen den Meeren streben wir an, die Zusammenarbeit mit den Anrainerstaaten der Nord- und Ostsee im Kampf gegen Meeres- und Umweltverschmutzung weiter zu intensivieren.
- In Schleswig-Holstein gehören die Hochwasserprävention und der Küstenschutz zu zentralen Aufgaben. Deichverstärkungen sind essenziell, um das Leben und Wirtschaften der Menschen an Nord- und Ostsee zu sichern.

Die Gesamtstrategie Küstenschutz und Klimaanpassung muss überarbeitet werden.

- Die ausreichende Finanzierung der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der Agrarstruktur und des Küstenschutzes“ (GAK) hat daher eine hohe Priorität für uns. Wir werden uns für eine Anpassung der Mittel einsetzen, um den gestiegenen Anforderungen an Küstenschutz und Klimaanpassung Rechnung zu tragen.
- Angesichts der notwendigen Maßnahmen im Küsten- und Hochwasserschutz sowie der zunehmenden Flächenkonkurrenzen streben wir an, für den Deichbau und weitere Hochwasserschutzmaßnahmen, die Kohärenzausgleichspflicht sowie auch die Pflicht nach Bundesnaturschutzgesetz entfallen zu lassen.
- Außerdem streben wir an, eine Pflichtversicherung für Extremwetterereignisse einzuführen, z. B. in Gestalt einer Pflicht zum Anbieten von Versicherungen.
- Die Beseitigung der Munitionsaltlasten in Nord- und Ostsee ist ein immer drängenderes Problem. Die Ampelregierung hat den Bau der dringend notwendigen Bergungs- und Entsorgungsplattform nicht entschieden genug vorangetrieben. Wir werden gemeinsam mit den Ländern den Bau dieser Plattform schnellstmöglich realisieren, um echte Fortschritte bei der Bergung der Munitionsbestände in der Nord- und Ostsee zu erzielen.

Unsere Energiewende pragmatisch und bezahlbar gestalten

- Bezahlbare Energie ist eine Grundvoraussetzung für unsere Zukunft als Industrie- und Handelsnation. Wirtschaft, Energieversorgung und Klimaschutz können nicht voneinander getrennt werden. Der Ausbau der Erneuerbaren Energien muss bundesweit beschleunigt werden, wir in Schleswig-Holstein sind bereits auf einem sehr guten Weg. Dazu zählt auch die 1:1-Red III-Umsetzung wie auf EU-Ebene vorgesehen.
- Wenn wir als Industrienation wettbewerbsfähig bleiben wollen, müssen wir unsere Energiepreise senken. Gerade in unserem Schleswig-Holstein, das in der Produktion Erneuerbarer Energien führend ist, müssen wir es schaffen, die Energiepreise zu senken. Es passt nicht zusammen, dass das Land mit einem Selbstversorgungsgrad von 160 % die höchsten Stromkosten im Bundesschnitt hat.
- Der Leitungsausbau muss beschleunigt werden, das gilt insbesondere für die Anlandung von Offshore-Strom.
- Die Ampel hat in den vergangenen drei Jahren das Vertrauen der Bürgerinnen und Bürger in die Energiewende beschädigt. Robert Habecks Heizungsgesetz war, nach seinem eigenen Bekenntnis, ein Testballon für die Belastungsgrenzen der Bevölkerung. Olaf Scholz hat sein Versprechen, einen Industriestrompreis einzuführen, nicht gehalten.
- Deutschland kann 2045 nur dann klimaneutral werden, wenn die Wirtschaft prosperiert und die Energiewende mit den Bürgerinnen und Bürgern gestaltet

wird. Darum setzen wir auf eine preisgünstige und sichere Energieversorgung. Ohne eine Kostenwende hin zu mehr Effizienz scheitert die Energiewende.

- Deswegen müssen jetzt alle zusätzlichen Kostentreiber auf den Prüfstand. Wir fordern, die Energiesteuern auf das europäische Mindestmaß zu reduzieren und die Netzentgelte zu halbieren. Gerade wer zur klimaneutralen Energiewende beiträgt, muss von günstigeren Netzentgelten profitieren.
- Eine Kostenwende lässt sich mit einer stärkeren Technologieoffenheit verwirklichen. Das bedeutet, alle Erneuerbaren Energien konsequent zu nutzen, auch die Bioenergie und die innovative Kraft-Wärme-Kopplung. Die Reaktivierung von Kernkraftwerken in Schleswig-Holstein lehnen wir ab.
- Der Wasserstoff-Hochlauf kann nur im Kontext einer europäischen Wasserstoff-Union zum Erfolg werden.
- Wir werden das Heizungsgesetz der Ampel zurücknehmen und den Weg zu klimaneutraler Wärme mit der Kombination aus schrittweiser CO₂-Bepreisung mit Sozialausgleich, verlässlicher Förderung und technologieoffener Ermöglichung zum Erfolg machen.
- Eine Versorgung mit klimaneutraler Wärme kann aus unserer Sicht auch nur in enger Zusammenarbeit mit unseren Kommunen erfolgen. So etwas kann nicht von oben herab geplant werden, sondern muss vor Ort – angepasst an die jeweiligen Gegebenheiten – erfolgen. Wir wollen unsere Kommunen daher bei der Planung kommunaler Wärmenetze finanzielle Unterstützung bieten. Die Energiewende ist eine Gemeinschaftsaufgabe und keine Pflicht, die wir allein dem Einzelnen aufzuerlegen haben, wie es die Politik der Grünen um den Wirtschaftsminister in der Ampel-Koalition getan hat.
- Für unsere grundlastfähigen Biogasanlagen, die aus der EEG-Förderung fallen, insbesondere wenn sie Grundlage eines kommunalen Wärmenetzes sind, werden wir umgehend die rechtlichen Voraussetzungen für eine Folgenutzung schaffen.
- Wir geben keine Technologien vor, sondern nutzen die CO₂-Reduktion als Zielvorgabe.
- Die Energiewende ist eine Generationenaufgabe und bedarf einer gemeinsamen Kraftanstrengung des ganzen Landes. Sie darf dabei keinesfalls beim einzelnen Bürger abgeladen werden, wie es die Ampel-Koalition getan hat.
- Wie ausgeprägt das Selbstverständnis der Ampel zur Klimapolitik war, zeigt sich am Beispiel des Wikingecks in Schleswig. Es liegt mit dem Beschluss des Verwaltungsgerichts Schleswig eine sorgfältige gerichtliche Ausarbeitung vor, nach der der Bund Eigentümer von 2/3 der Sanierungsfläche ist und für 2/3 der Sanierungskosten oder 16 Mio. Euro aufzukommen hat. Dem hat auch das Oberverwaltungsgericht nicht widersprochen. Das heißt, der Bund hat seine Verantwortung auch hier in vollem Umfang wahrzunehmen.

Bildung und Wissenschaft zukunftsfest gestalten

- Wir setzen stärker auf die Bildungsforschung, um einheitliche Standards zur flächendeckenden Diagnose des Entwicklungsstands aller Drei- bis Vierjährigen zu schaffen. Künftig müssen Bildungs- und Sozialpolitik zum Wohle aller Kinder Hand in Hand gehen. Hierzu müssen Bund, Länder und Kommunen enger zusammenwirken.
- Jedes Kind, das eingeschult wird, muss Deutsch können. Alle Kinder mit Förderbedarf wollen wir zur Teilnahme an einem vorschulischen Programm in einer Kindertagesstätte, einem Kindergarten oder einer Vorschule verpflichten. Zudem leiten wir einen Neustart des erfolgreichen Bundesprogramms Sprach-Kitas ein.
- In Deutschland hängt der Bildungserfolg sehr stark von der sozialen Herkunft ab. Damit die Schülerinnen und Schüler ihr Potenzial voll entfalten können, muss das Startchancen-Programm (2024 bis 2034) von Bund und Ländern umgesetzt und für den Kita-Bereich erweitert werden. In Schleswig-Holstein gehen wir diesen Weg mit dem Perspektiv-Kita-Programm bereits.
- Wir werden die rechtlichen Voraussetzungen für eine verbesserte Kooperationsstruktur für Schule, Jugendhilfe und Eingliederungshilfe schaffen.
- Mit dem DigitalPakt 2.0 legen wir den Fokus auf digitale Infrastruktur, digitale Lehr- und Lernprogramme sowie auf die forschungsbasierte Qualifizierung von Lehrkräften und Schulleitungen. Datenschutz muss hier pragmatisch sein. Dabei sollen auch die kommunalen Spitzenverbände einbezogen werden. Das Investitionsvolumen des Bundes sollte mindestens im bisherigen Volumen umgesetzt werden.
- Evidenzbasierte Bildungspolitik benötigt Daten. Deshalb fordern wir Bund und Länder auf, ein bundesweites Bildungsverlaufsregister über alle Stufen formaler Bildung zu schaffen und einen regelhaften Zugang der Forschung zu diesen Daten vorzusehen. Als erster Schritt soll eine ländergemeinsame datenschutzkonforme Identifikationsnummer für alle Schülerinnen und Schüler (Schüler-ID / Statistik-ID) eingeführt werden.
- Gleichwertigkeit von beruflicher und akademischer Bildung verbindlich regeln. Bund und Länder verankern den Deutschen Qualifikationsrahmen rechtlich in einem Staatsvertrag.
- Deutschland fit machen für die Zukunft. Wir legen sofort ein schlagkräftiges Programm für Forschung, Innovation und Technologie vor – eine Hightech-Agenda für Deutschland.
- Für mehr Praxisorientierung. Das enorme Innovationspotential von Studenten und Wissenschaftlern an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften wollen wir heben. Dafür entwickeln wir das Programm „Forschen an Hochschulen für Angewandte Wissenschaften (HAW)“ weiter.
- Die Meeres- und Polarforschung leistet wichtige Beiträge für eine nachhaltige Entwicklung. Deshalb werden wir die Forschung auf diesem Gebiet stärken. Dazu werden wir die Deutsche Allianz für Meeresforschung weiterentwickeln und die Erneuerung der deutschen Forschungsflotte konsequent fortführen.

Zeitenwende in der Forschungspolitik

- Um Synergieeffekte besser zu nutzen, setzen wir uns für die Errichtung einer Europäischen DARPA (US-Behörde für Forschungsprojekte der Verteidigung) ein. Hierzu bringen die SPRIND und die Agentur für Innovation in der Cybersicherheit ihre Expertise ein und verstetigen ihren Informationsaustausch.
- Wir setzen uns dafür ein, dass Israel als assoziiertes Drittland in das Programm Erasmus+ aufgenommen wird und stärken die deutsch-israelische Forschungskoooperation.
- Wir bauen das Wissen über jüdisches Leben in Deutschland und weltweit aus und gründen ein Kompetenznetzwerk für jüdische Gegenwartsforschung.
- Die strategische Sicherheitsforschung ist von existentieller Bedeutung für Deutschland. Bereits vorhandene Expertise wollen wir bündeln, Akteure miteinander vernetzen und gezielt fördern. Dafür werden wir ein Kompetenznetzwerk für strategische Sicherheitsforschung entwickeln.

Eine flächendeckende qualitativ hochwertige Gesundheitsversorgung sicherstellen!

- Der demografische Wandel stellt das Gesundheitswesen vor zahlreiche Herausforderungen: Die Fachkräftesicherung wird immer schwieriger, der Anteil gesetzlich Versicherter nimmt ab, die Krankenversicherungsbeiträge steigen. Gleichzeitig steigt der medizinische Versorgungsbedarf durch immer älter werdende Menschen.
- Daher sind Reformen für das gesamte Gesundheitswesen notwendig. Das ist der Ampel nicht gelungen. Während wichtige Reformvorhaben für den niedergelassenen Bereich, die Notfallversorgung und die Apotheken und damit die ohnehin schwachen Gesetzentwürfe der Ampel nicht umgesetzt wurden, hat die Ampel mit dem Ende 2024 in Kraft getretenen Krankenhausversorgungsverbesserungsgesetz (KHVVG) mehr neue Probleme geschaffen als bestehende gelöst.
- Auch wenn die Auswirkungen des KHVVG noch nicht vollständig absehbar sind, zeichnen sich bereits Probleme bei der flächendeckenden Krankenversorgung insbesondere in Flächenländern wie Schleswig-Holstein ab. Das KHVVG erhöht die jetzt schon zu hohen Bürokratielasten der Krankenhäuser und schafft nicht die versprochene Entlastung.
- Es bedarf daher umgehend einer „Reform der Reform“ auf Bundesebene. Eine Übergangsförderung muss dafür sorgen, dass die versorgungsrelevanten Krankenhäuser die Zeit bis zur Umsetzung der Krankenhausreform wirtschaftlich überleben können. Die zunehmende Belastung kommunaler Haushalte durch Defizitausgleiche für kommunale Krankenhäuser muss ein Ende finden.
- Wir brauchen einen bundesgesetzlichen Rahmen, der die Länder bei der Wahrnehmung der in ihrer Zuständigkeit liegenden Krankenhausplanung unterstützt und nicht behindert.

- Wir brauchen eine Notfallreform auf Bundesebene, die die in den Ländern bereits geschaffenen Kooperationsstrukturen zwischen niedergelassenem Bereich und Krankenhäusern unterstützt und nicht gefährdet.
- Die auf Bundesebene gescheiterte Apothekenreform muss schnell wieder angegangen werden und einen geeigneten Rahmen für den Betrieb der heilberuflich und inhaber-geführten Vor-Ort-Apotheke schaffen, damit das Apothekensterben insbesondere im ländlichen Raum ein Ende findet.
- Die seit der Corona-Pandemie vorgenommene Stärkung und Weiterentwicklung des Öffentlichen Gesundheitsdienstes (ÖGD) darf nicht mit Auslaufen des aktuellen Paktes für den ÖGD Ende 2026 enden. Der Bund ist weiterhin neben Ländern und Kommunen gefordert, den ÖGD in den Bereichen Infektionsschutz, Resilienz, Kinder- und Jugendgesundheit, Psychische Gesundheit, Gesundes Altern sowie der Digitalisierung und der ÖGD-Forschung finanziell zu unterstützen.